

## **Antwort auf die Sozialpolitischen Wahlthemen 2019 der Volkssolidarität – Landesverband Brandenburg**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns recht herzlich für die Übersendung Ihrer überaus konstruktiven Forderungen.

Sie benennen dabei wichtige Themen, wie die Stärkung des Gemeinwesens, die Teilhabe und Partizipation von Seniorinnen und Senioren, die gesundheitliche und pflegerische Versorgung, Altersarmut sowie die soziale Infrastruktur.

Vieles haben wir bereits getan, aber damit sind wir nur auf einem guten Weg, der jetzt mit aller Konsequenz fortgesetzt werden muss.

Wir wollen in erster Linie Familien unterstützen. Dazu zählt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie von Pflege und Beruf.

Zum einen muss in den Familien Erziehungsarbeit geleistet werden, zum anderen zwingen der demografische Wandel und der Fachkräftemangel immer mehr Familien dazu, ihre Angehörigen selbst zu pflegen. Beides muss mit der Berufstätigkeit vereinbar sein und dazu braucht es gut ineinander verzahnte Rahmenbedingungen. Zudem braucht es umfangreiche Kinderbetreuungsangebote, die nicht nur die Kernarbeitszeiten abdecken. Zur Vereinbarkeit von Pflege und Familie müssen gerade im Bereich der Pflege ambulante Strukturen professionalisiert und ausgebaut werden. Der Staat insgesamt ist hier in der Pflicht, auf allen politischen Ebenen. Auch auf Landesebene kann trotz aller Errungenschaften noch viel getan werden.

Deshalb wollen wir:

- das kinder- und familienpolitische Programm der Landesregierung mit seinen zentralen Elementen „Netzwerke für gesunde Kinder“, den „Lokalen Bündnissen für Familie“ und den „Eltern-Kind-Gruppen“ weiterentwickeln und kontinuierlich umsetzen.
- Familienverbände und Mehr-Generationen-Häuser stärken.
- zentrale Anlaufstellen für Alleinerziehende in jedem Landkreis einrichten. Sie sollen über Rechtsansprüche und Hilfsangebote informieren und bei der Beantragung staatlicher und weiterer Leistungen unterstützen.
- uns über eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des Familienpflegezeitgesetzes einsetzen, damit künftig kein Angehöriger aus der gesetzlichen Krankenversicherung fällt, weil er seine Familienmitglieder pflegt.

Zudem muss im Bereich Arbeit viel getan werden. Gute Arbeit bedeutet mehr als gute Löhne. Sie bedeutet flexible Arbeitszeitmodelle, die sich an den Interessen und Lebenswirklichkeiten der Arbeitnehmer\*innen orientieren. Standards hierfür weiterzuentwickeln und durchzusetzen ist zentrales Anliegen LINKER Politik.

Das Bündnis für gute Arbeit wollen wir auch künftig stärken.

Wir wollen:

- zeitgemäße und flexible Arbeitszeitmodelle, die die Bedürfnisse von Familien und vor allem Alleinerziehenden berücksichtigen, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie die

Einhaltung des Teilzeitgesetzes. Neben dem Recht auf Teilzeit muss auch das Recht auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung umgesetzt werden.

- flexible Angebote der Nachmittagsbetreuung, insbesondere für Alleinerziehende und Kinder mit Behinderungen.
- die Servicestelle „Arbeitswelt und Elternzeit“ in eine institutionelle Förderung überführen, um das Beratungsangebot dauerhaft aufrechterhalten zu können.

Wir wollen des Weiteren die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe stärken.

DIE LINKE setzt sich deshalb für Qualitätsstandards in der Kinder- und Jugendhilfe ein. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir analog zur Kindertagesbetreuung ein Qualitätsmonitoring im Kinder- und Jugendhilfebereich anregen.

Dabei soll der Austausch aller Beteiligten die Basis bilden: vom Träger bis zu den Jugendlichen selbst. Die Beteiligung aller ist uns dabei sehr wichtig, denn die Kinder- und Jugendhilfe ist ein hochkomplexes Gesamtsystem, deren Angebote und Leistungen bei guter kommunaler Ausstattung wie Zahnräder ineinandergreifen.

Grundsätzlich müssen soziale Problemlagen auch im ländlichen Raum erkannt und differenziert gelöst werden. Dabei kommt es darauf an, in Notsituationen schnell und unbürokratisch zu reagieren und den betreffenden Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Die Leistungen und Funktionen der Kinder- und Jugendhilfe müssen flächendeckend zur Verfügung stehen. Dies ist unbedingt abzusichern.

Die aktuell größte Gruppe der Brandenburger Bevölkerung sind die Seniorinnen und Senioren.

Wichtig ist deshalb, dass sie nicht auf ihre Defizite reduziert, sondern akzeptiert und frühzeitig einbezogen werden in die Gestaltung ihrer Umwelt. Der Austausch mit den Seniorinnen und Senioren ist uns von jeher wichtig und wird von uns konsequent betrieben. Dabei stellten wir fest, dass der reine Austausch nicht genügt, um eine Beteiligung oder gar Mitbestimmung zu realisieren. Daher fordern wir eine/n Seniorenbeauftragten auf Landesebene und ein präzises Seniorenmitbestimmungsrecht, damit die Seniorinnen und Senioren ihre Lebenswelt aktiv mitgestalten solange sie sich dazu in der Lage fühlen.

Ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Umfeld setzt eine barrierefreie Infrastruktur eine gute pflegerische und gesundheitliche Versorgungslandschaft und vor allem die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger voraus.

Der Aufbau einer tragfähigen sozialen Infrastruktur ist Grundlage eines guten und selbstbestimmten Lebens bis ins hohe Alter und uns damit ein besonders wichtiges Anliegen.

Die Einrichtung und Förderung von Mehrgenerationenhäusern und Wohnformen, die den älteren Menschen eine große Eigen- und Selbständigkeit garantieren, ist deshalb besonders wichtig. Wir wollen den Zusammenhalt in den ländlichen Räumen stärken. Dazu gehört, dass es einen lebhaften und solidarischen Austausch der Generationen untereinander gibt.

Wir wollen für Alt und Jung einen attraktiven ländlichen Raum, der seine Potenziale ausschöpft und seinen Bewohnern eine gute, chancengerechte Lebensgrundlage bietet. Hierfür ist es notwendig, dass die Menschen vor Ort ihre Geschicke weitgehend selbst bestimmen können. Sie wissen am besten, wo ihre Stärken und Schwächen sind und wo ihnen der Schuh drückt. Gerade die Älteren besitzen Lebenserfahrung und haben oft das Bedürfnis und auch die Möglichkeit, sich aktiv und

sinnvoll einzubringen. Wir sind der Meinung, dass dieses Anliegen unbedingt unterstützt werden muss.

Wir setzen uns dafür ein, die kleineren Ortsteile finanziell auszustatten und den Aufwand für ehrenamtliche Tätigkeit zu kompensieren. In den ländlichen Regionen müssen oft auch neue Wege der Geselligkeit und Kommunikation gegangen werden. Multifunktionshäuser können dazu beitragen, Begegnungen, Austausch- und Unterstützungsstrukturen der Menschen zu fördern. Deshalb wollen wir auch, dass es fußläufige Einkaufsmöglichkeiten und Dorfkneipen gibt. Alte Ortskerne sollen revitalisiert werden.

Die gesundheitliche Versorgungslandschaft in Brandenburg verfügt über sehr vielfältige Angebote, wie Einzel- über Gemeinschaftspraxen, Bereitschaftspraxen, Ärztehäusern bis hin zu Medizinischen Versorgungszentren. Telemedizinische sowie mobile Dienste und vor allem die sogenannten AGENES-Schwestern ergänzen das Angebot. Diese Versorgungsstrukturen wollen wir sichern und bedarfsgerecht ausbauen, sodass sie überall von allen genutzt werden können. Ebenso der Öffentliche Gesundheitsdienst, dem aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung zukommt.

Dennoch sind unsere Möglichkeiten, Einfluss auf den Erhalt von Arztpraxen und die Niederlassung von Haus- und Fachärzten zu nehmen, relativ gering.

Wir haben dafür Sorge getragen, dass das Land Medizinernachwuchs selbst ausbilden kann und wir unterstützen die Gewinnung von Landärzten. Dazu haben wir mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 das Landärzteprogramm aufgelegt, was es nun zügig umzusetzen gilt. Brandenburg besitzt eine differenzierte Struktur von Kliniken. Im ländlichen Raum setzen wir darauf, dass die von uns favorisierten Gesundheitszentren dem inzwischen gravierenden Fachärztemangel entgegenwirken. Unter einem Dach soll der Patient eine ambulante Rundumversorgung vorfinden. Die Mediziner in den Gesundheitszentren sind angestellt, mit festen Arbeitszeiten und Urlaubsansprüchen.

Wir fordern die Erhaltung aller Krankenhaus- und Pflegestandorte, setzen uns aber auch für die Stärkung ortsnaher und ambulanter Lösungen ein. Es geht uns um eine für den Einzelnen möglichst effektive und stressfreie Verbindung von stationären und ambulanten Pflegeangeboten. Dabei gehen wir davon aus, dass ältere Menschen solange wie möglich in der ihnen vertrauten Umgebung leben wollen. Häusliche Pflege muss daher stärker gefördert werden.

Die beste Gesundheitspolitik ist aber die, die Krankheit verhindert. DIE LINKE steht deshalb für einen umfassenden Ansatz von Gesundheitsförderung und Prävention. Vor der Gesundheits- und Pflegeversorgung steht die Prävention. Je besser präventive Maßnahmen greifen, desto mehr wird Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Pflegehochbedürftigkeit und Multimorbidität verhindert. Wir unterstützen eine passgenaue Umsetzung des Präventionsgesetzes im Land Brandenburg und die Entwicklung flächendeckender Präventionsketten, bei welcher wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst in einer zentralen Rolle sehen. Zudem muss das Präventionsgesetz zwingend vom Bund auf seine Wirksamkeit hin überprüft und entsprechend angepasst werden.

Die pflegerische Versorgung ist im Flächenland Brandenburg mit einer so brisanten demografischen Entwicklung eine besondere Herausforderung, der wir uns seit Jahren intensiv widmen. Die Brandenburger Pflegeoffensive bietet hierzu eine gute Grundlage. Sie ist die ideale Basis für eine strategische Weiterentwicklung der Hilfe- und Pflegestrukturen. Dazu zählt der Ausbau der Pflegestützpunkte sowie der Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“, die Stärkung pflegender Angehöriger und die Verbesserung der Ausbildungsangebote für Pflegefachkräfte. Allem voran geht jedoch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine tarifliche Entlohnung des Pflegepersonals.

Auf der Bundesebene sehen wir die Reformierung der Pflegeversicherung hin zu einer Vollversicherung für zwingend notwendig. Dafür setzen wir uns besonders ein.

Ein weiterer nicht weniger wichtiger Faktor ist die Rente. Hier treten wir für eine Solidarische Mindestrente von 1050 Euro netto ein. Die Höhe der solidarischen Mindestrente ist stets an die Entwicklung der Lebenshaltung anzupassen und darf dementsprechend nicht abgesenkt werden. Zeiten der Kindererziehung, Pflege und Erwerbslosigkeit müssen mit einfließen, da sie anderenfalls in Altersarmut führen. DIE LINKE fordert die Gutschreibung von drei Entgeltpunkten pro Kind auf dem Rentenkonto – also ca. 90 Euro sogenannter „Mütterrente“. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist diese Verbesserung steuerfinanziert zu tragen und muss unabhängig vom Geburtsjahr und vom Geburtsort erfolgen. Es darf keine Rolle spielen, ob ein Kind 1960 oder 2010 oder ob es in Ost oder in West geboren wurde.

Zudem unterstützen wir ohne jeden Vorbehalt die Schaffung von sozial- und bedarfsgerechtem Wohnraum, gerade auch für Ältere! Wir setzen auf die Stärkung von kommunalem Wohneigentum, um diese wichtige Funktion der Daseinsvorsorge vor Renditeinteressen und Profitmacherei abzuschirmen. Die Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit werden wir mit Interesse prüfen. Falls dieser Schritt zielführend im Sinne ihrer Forderungen ist, werden Sie uns an Ihrer Seite finden.

Wir bedanken uns nochmals für Ihre konstruktiven Anregungen. Wir hoffen, Sie überzeugt zu haben, dass wir sehr ähnliche Ziele haben und bereits viele wichtige Schritte in die richtige Richtung gegangen sind und noch viele weitere vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen,